

120 Milliarden Schilling für die NS-Opfer?

Brigitte Bailer-Galanda

Die Behauptung, Österreich hätte seit 1945 bereits Unsummen an die (jüdischen) Opfer des Nationalsozialismus ausbezahlt, wird mit schöner Regelmäßigkeit immer dann aufgestellt, wenn neue Maßnahmen zugunsten dieses Personenkreises in Diskussion stehen. Schon in den fünfziger Jahren argumentierten Finanzminister Kamitz und Bundeskanzler Raab gegenüber dem Committee for Jewish Claims on Austria, der Staat könne sich eine volle Abgeltung der Verfolgungsschäden infolge seiner angespannten budgetären Situation nicht leisten. Rund vierzig Jahre später, im Vorfeld des Nationalfonds, - damals überdies zeitgleich mit den Diskussionen um das "Sparpaket", dessen finanzielle Konsequenzen beinahe alle ÖsterreicherInnen betrafen - wurde wiederum in unwürdiger Weise mit deutlich überhöhten Angaben bezüglich der Leistungen der Republik Österreich zugunsten der Opfer operiert. Im November 1994 veröffentlichte "Staberl" in der "Kronen-Zeitung" ein internes Schreiben des damaligen Botschafters in Israel Dr. Kröll an das Außenministerium in Wien, worin Kröll behauptete, bisher habe Österreich "200 bis 300 Milliarden Schilling" an "abstammungsmäßig Verfolgte" bezahlt.(1) Als der Nationalfonds im späten Frühjahr 1995 deutliche Konturen gewann, legte ÖVP-Klubobmann Khol nochmals dazu und meinte, wie der "Kurier" berichtete, "Österreich habe an die NS-Vertriebenen seit 1950 rund 360 Milliarden Schilling an Pensionen ausbezahlt". In beiden Fällen beruhten die Angaben auf haltlosen Schätzungen bzw. angeblichen Hochrechnungen. Beispielsweise hatte Kröll argumentiert, alleine 1993 seien an 5004 Personen in Israel 1,6 Milliarden Schilling überwiesen worden. Der Statistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger ("Leistungstransfer - Pensionen und Renten - im Verhältnis zu den Vertragsstaaten Österreichs", Stand Dezember 1993) ist allerdings zu entnehmen, daß 1993 an 4.961 Personen in Israel etwas mehr als 401 Millionen Schilling überwiesen wurden. Die im Schreiben genannte Zahl 5004 Personen bezog sich offenbar auf das Jahr 1992, in dem aber 417 Millionen Schilling ausbezahlt worden waren. Das ergab eine durchschnittliche monatliche Pension von nicht einmal S 6.000,--. Dividiert man hingegen die von Botschafter Kröll genannte Summe, hätte sich eine monatliche Pension von rund S 23.000,- ergeben. D. h. tatsächlich erhielten in Israel lebende Pensionsbezieher nur ein Viertel des von Kröll genannten Betrages!

Nun läuft seit dem Sommer in Österreich eine neuerliche Debatte um die Angemessenheit der bisher geleisteten Entschädigungen für NS-Opfer - und wieder werden höchst seltsame Zahlen bekannt gegeben, diesmal aus dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, und zwar der Abteilung Presse und Information. Diesmal gibt man es etwas billiger: zwischen 1954 und 1994 seien rund 120 Milliarden für Opfer des Nationalsozialismus aufgewendet worden, stellte der Leiter der genannten Abteilung im August des heurigen Jahres fest.(2)

Die Details der als angebliche "Entschädigung" genannten Summe zeigen - auch ohne auf Zahlenangaben im einzelnen einzugehen - eine Reihe von Unstimmigkeiten:

1. Es wird nicht explizit zwischen jüdischen und anderen NS-Opfern (politisch Verfolgten, Roma und Sinti etc.) differenziert, sondern implizit der Eindruck erweckt, als wären alle Beträge den Holocaust-Überlebenden zugeflossen. So werden Beträge nach dem

Beamtenentschädigungsgesetz, die vor allem politisch gemaßregelten Beamten, mehrheitlich Unterstützern des "Ständestaates" von 1934-1938, zugute kamen ebenso aufgerechnet wie Zahlungen an die Israelitische Kultusgemeinde oder das Committee for Jewish Claims on Austria. 150 Millionen Schilling (valorisiert gerechnet seit 1957) wurden nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz ausgegeben, das auch Bombenopfer entschädigte. Es bleibt unklar, ob hier tatsächlich statistisch zwischen Schäden von Verfolgten und Schäden infolge des Krieges getrennt wurde, auch wenn eine Broschüre des Bundespressedienstes aus 1988(3) dies behauptet. Zu fragen ist weiters nach dem Posten Haftentschädigung, der zu großen Teilen auch den ehemals politisch Verfolgten zugute kam.

2. Unter den aufgelisteten Zahlungen befinden sich einige Posten, die nur schwer als "Wiedergutmachung" eingestuft werden können. So sind Zahlungen für das Altenheim der Israelitischen Kultusgemeinde, Unterstützungen für "jüdische Flüchtlinge in aller Welt (1945-1956)" oder die Gewährung von Hilflosenzuschüssen und Pflegegeld auch für NS-Opfer im Ausland in den genannten 120 Milliarden Schilling enthalten. Welcher Sinn dahinter steht, den Entfall von Steuern infolge der - eigentlich selbstverständlichen - Steuerbefreiung in Rückstellungsfällen - das heißt für die Rückübertragung geraubten Eigentums - unter Zahlungen für NS-Opfer zu subsumieren, bleibe dahingestellt.

3. Zahlungen nach dem Sozialversicherungsgesetz stellen bei allen genannten Gesamtsummen immer die beliebig variable Größe dar, da es diesbezügliche Aufzeichnungen der Pensionsversicherungen erst seit 1994 gibt. Alle Angaben bezüglich der in den Jahrzehnten davor geleisteten Beträge beruhen auf Schätzungen. Bei den damit gemeinten Pensionen handelt es sich überdies nicht nur um "Wiedergutmachungs"- oder Entschädigungsleistungen, sondern auch um Zahlungen aufgrund in Österreich erworbener Versicherungszeiten unter allfälligem Einschluß von Anrechnungen von bzw. Nachzahlungen für Verfolgungszeiträume, wobei die Voraussetzungen für diese Begünstigungen eher eng gefaßt waren. Erst 1953 wurde die Möglichkeit zur Auszahlung von Alterspensionen auch an ehemalige Österreicher im Ausland eröffnet, die Pensionen wurden rückwirkend ab 1950 nachbezahlt. Es dauerte allerdings nochmals zehn Jahre, bis die 1938-1950 vorenthaltenen Pensionen gleichfalls nachentrichtet wurden. Ungeklärt bleibt, wieviele der Anspruchsberechtigten, die vielleicht kurz vor oder nach Pensionsantritt noch hatten flüchten können, diese Nachzahlungen erlebt haben. Ebenso fragwürdig bleibt die Erwähnung der "außerordentlichen Versorgungsgenüsse" für "emigrierte Bedienstete" von Bund und Stadt Wien. Auch dabei handelte es sich wohl überwiegend um die Auszahlung aufgrund von vor 1938 erworbenen Versicherungszeiten. Die Besonderheit daran lag nur darin, daß normalerweise österreichische Beamte bei Verlust der Staatsbürgerschaft auch ihre Pensionsansprüche verlieren, diese aber in einer Art Gnadenakt den vertriebenen Östreichern trotzdem gewährt wurden.

4. Geflissentlich werden die entsprechenden Vergleichszahlungen an Kriegs- und Bombenopfer, Aufwendungen für heimkehrende Kriegsgefangene oder auch Kosten der Entschädigung der "Opfer" der Entnazifizierung - Gehalts- und Pensionsnachzahlungen, Vermögensverfallsamnestie etc. - verschwiegen. Diese würden nämlich selbst die überhöhten Zahlenangaben für NS-Opfer deutlich relativieren.

In jedem Fall dienen derartige Zahlenspekulationen nicht nur dem gewünschten Effekt, die Leistungen Österreichs vermeintlich in einem besseren Licht dastehen zu lassen, sondern stützen - möglicherweise unbeabsichtigt" - vorhandene antisemitische Stereotype und Vorurteile, die in derartigen Situationen ohnehin jederzeit abrufbar sind und von Kommentatoren bestimmter Blätter, wie z. B. "täglich alles", auch im Umfeld der Historikerkommission neuerdings wieder ins Spiel gebracht werden.(4)

Anmerkungen:

(1) Neue Kronen-Zeitung, 20. 11. 1994.

(2) (2) Die Presse, 27. 8. 1998. Eine detaillierte Darstellung brachte dann noch der Kurier, 13. 10. 1998.

(3) Bundespressedienst (Hg.), Maßnahmen der Republik Österreich zugunsten bestimmter politisch, religiös oder abstammungsmäßig Verfolgter seit 1945, Wien 1988, S. 14.

(4) Vgl. z. B. "täglich alles", 23. 11. 1998.

Haider's salopper Umgang mit den Juden

Helga Embacher

Er sei kein Antisemit, das widerspräche seinem Naturell und Simon Wiesenthal habe ihn persönlich davon freigesprochen, so Haider in der Pressestunde vom 13. September 1998. Hört man aber genauer hin, so wird, wenn auch oft in Nebensätzen, sein zumindest äußerst unsensibles Verhalten gegenüber überlebenden Juden und Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde deutlich. Worauf zielt er etwa ab, wenn er Dr. Muzicant, den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, und die seit Jahren um eine Annäherung zwischen Juden und Nicht-Juden bemühte B'nai-Brith-Loge als "Femegericht" denunziert und er von einer seiner Meinungen nach skandalösen "Geheimsitzung" spricht, nur weil er nicht persönlich dazu eingeladen worden war, als über ihn diskutiert wurde. Ist er sich nicht bewußt darüber, daß Juden sehr oft schon als "Freimaurer und Weltverschwörer" stigmatisiert und verfolgt worden sind und er mit seinen provokanten Aussagen diese Vorurteile neu belebt, zumal vielen seinen Zuhörern die B'nai-Brith-Loge ohnehin kein Begriff ist?

Auf Unwissen - womit er offensichtlich allerdings Politik betreiben will - läßt auch seine Kritik an der Israelitischen Kultusgemeinde schließen. Die Kultusgemeinde habe so lange geschwiegen, weshalb in der Frage der "Wiedergutmachung" nichts weitergegangen sei, vertrat er ebenfalls in der Pressestunde. Den Grund dafür sieht der FPÖ-Obmann sehr vereinfachend im Konflikt zwischen den Wiener Juden und den zugewanderten Juden aus Osteuropa. Damit gibt er nicht nur eine äußerst verzerrte Darstellung der schwierigen Situation in den Nachkriegsjahren, sondern macht, unter dem Motto, wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht mehr zu sorgen, NS-Opfer für die Versäumnisse der österreichischen Bundesregierung verantwortlich. Da in Österreich das Wissen um die Geschichte der Juden und ihre Probleme nach der Shoah sehr gering ist, tragen gerade solche Vereinfachungen und Klischees zur Verhärtung von Vorurteilen bei.

Hat sich die Israelitische Kultusgemeinde in den Nachkriegsjahren aber wirklich so ruhig verhalten und zur Problematik der Rückstellung und Entschädigung geschwiegen? Wie aus ihrem ersten Tätigkeitsbericht hervorgeht, beanspruchte sie 1945 sogar die Rolle einer politischen und moralischen Instanz in einem Österreich, an dessen Wiederaufbau ihre Funktionäre auch aktiv mitwirken wollten. Da die österreichische Regierung die Verantwortung gegenüber den überlebenden Juden weitgehend abgelehnt hat, mußte sie auch die vom Staat vernachlässigten Aufgaben, wie die Versorgung der KZ-Überlebenden, die

Rückholung von Vertriebenen und den Kampf um die "Wiedergutmachung" übernehmen. Unterstützung erhielten die Wiener Juden von der größten US-amerikanischen jüdischen Hilfsorganisation, dem Joint Distribution Comitee. Vor 1938 eine der reichsten und größten jüdischen Gemeinden in Europa, konnte die Wiener jüdische Gemeinde nach der Shoa nur mit Hilfe ausländischer Hilfsorganisationen überleben. Noch 1949 mußten von ihren 11.710 Mitgliedern monatlich 1.616 unterstützt werden. Juden kamen selten für einen Neubeginn, sondern aufgrund von Krankheit oder ihres hohen Alters nach Wien zurück; die Überalterung der Kultusgemeinde erwies sich als besonders markant und manche befürchteten sogar, daß sie ein "Friedhofsamt" werden könnte. Als existentielles Problem erwies sich für die Überlebenden die Wohnungsfrage. Auch in dieser Frage hat die Israelitische Kultusgemeinde keineswegs geschwiegen und forderte von den rund 60.000 "arisierten" Wohnungen 1.200 zurück. Dabei mußte sie jedoch viele Enttäuschungen hinnehmen: 1947 waren erst 200 Wohnungen zurückgegeben worden und im selben Jahr wurden die Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde auch aus dem Wohnungsamt der Stadt Wien verdrängt.

Im Unterschied zur Version Haiders engagierte sich die Israelitische Kultusgemeinde sehr wohl für eine rasche Durchführung einer "Wiedergutmachung" an den österreichischen Juden. Seit 1947 wurden über das geraubte Vermögen Karteien angelegt, die dann auch die Grundlage für die Entschädigungsansprüche während der Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung und dem Claims Comitee (dieses setzte sich aus 21 jüdischen Organisationen, die vertriebene österreichische Juden repräsentierten, zusammen) bildeten. 1950, vor der Aufnahme der Verhandlungen, organisierte die Kultusgemeinde beispielsweise eine Massenversammlung gegen die "schleppende Wiedergutmachung" oder Präsident Emil Maurer drohte während der Verhandlungen, die seitens Österreichs wiederholt unterbrochen worden waren, sogar mit einem "wirtschaftlichen Boykott Österreichs" und kündigte "Reaktionen des Weltjudentums" an. Gemeinsam mit dem KZ-Verband setzte die Israelitische Kultusgemeinde 1955 das Verbot einer unter dem Motto "Hungerrenten und die jüdischen Forderungen an Österreich" stehenden Demonstrationen durch. Diese wurde vom Nationalratsabgeordneten Dr. Fritz Stüber, einem Mitbegründer des VdU und der weit rechts stehenden Splittergruppe "Freiheitliche Sammlung Österreichs", organisiert. Oder: 1948 forderte die Israelitische Kultusgemeinde vom österreichischen Bundeskanzler das Verbot des "Verbandes der Rückstellungsbetroffenen", der von ehemaligen "gutgläubigen Ariseuren" als Reaktion auf das 3. Rückstellungsgesetz gegründet worden war und vor allem vom VdU, dem Vorläufer der FPÖ, unterstützt wurde. Das Anliegen der Kultusgemeinde wurde jedoch mit den Worten, daß in Österreich jeder unbescholtene Bürger einen Verein gründen dürfe, abgelehnt. Unerhört blieben bei den verantwortlichen Stellen auch die vielen Proteste der Kultusgemeinde gegen die vor allem während der "Wiedergutmachungs-Verhandlungen" antisemitische Schreibweise diverser österreichischer Zeitungen. So durften in den frühen 50er Jahren Vertriebene ungehindert als "rachsüchtige Emigranten" beschimpft oder beschuldigt werden, die "aus der Verfolgung Profit schlagen". Wie die Israelitische Kultusgemeinde in diesem Zusammenhang beklagte, sei das Wort Emigrant in Österreich regelrecht ein Schimpfwort geworden.

Im Unterschied zu den ehemaligen Nationalsozialisten waren die Juden in Österreich wahrlich unbedeutend und im Unterschied zur BRD mußte sich Österreich als international anerkanntes "Opfer von Nazi-Deutschland" auch um kein besonders Verhältnis zu den überlebenden Juden oder zum Staat Israel bemühen. Zudem stellten die Forderungen der überlebenden österreichischen Juden den mühsam aufgebauten österreichischen Opfer-Mythos infrage, was sich Österreich während der "Wiedergutmachungs-Verhandlungen" und vor Abschluß des Staatsvertrages keineswegs leisten konnte. Während die politischen Parteien um die Stimmen der "Ehemaligen" buhlten, blieben die Juden alleingelassen oder wurden für

eigene Interessen instrumentalisiert. Es ist ja auch bekannt, daß die von Sozialdemokratien regierte Gemeinde Wien von der Israelitischen Kultusgemeinde Liegenschaften günstig erwerben konnte. Wie Simon Wiesenthal kritisierte, erwarb der Magistrat Wien den Großteil der von der Israelitischen Kultusgemeinde in den 50er Jahren veräußerten Grundstücke, die an Baugenossenschaften weitergegeben wurden. Nur auf wenigen der dort erbauten Häusern wurden Gedenktafeln angebracht. Der damaligen Führung der Israelitischen Kultusgemeinde fehlte zum einen der Glaube an den Fortbestand einer jüdischen Gemeinde, zum anderen wurde der Verkaufserlös für die Unterstützung von Sozialfällen und zur Betreuung jüdischer Flüchtlinge dringend benötigt.

Trotz des unsensiblen Vorgehens der zwei Großparteien wurden innerhalb von SPÖ und ÖVP gelegentlich auch einzelne Stimmen für die überlebenden österreichischen Juden laut. Am wenigsten Verständnis zeigten jedoch der VdU und die FPÖ. Noch 1958 versuchte die Innsbrucker FPÖ, das ihrer Ansicht nach "zu tendenziöse Theaterstück" Anne Frank zu verhindern. VdU und FPÖ traten für die "Unteilbarkeit des Leidens" ein und lehnten "jede Art von Wiedergutmachung" ab: "Man muß alle Probleme gleich behandeln, ob es sich um Möbel, um Wohnungen oder um Fragen der Übersiedler, der Bombengeschädigten, der Auslandsösterreicher, der Besatzungsgeschädigten oder der Kriegsoffer handelt," vertrat Wilfried Gredler 1956 in einer Parlamentsdebatte. Wenn Haider noch heute dafür eintritt, daß alle Opfer, womit er jedoch primär die vertriebenen Sudetendeutschen, von ihm als "Altösterreicher" bezeichnet, meint, gleich seien und gleich behandelt werden müssen, so schließt er lückenlos an die langjährige Tradition seiner Partei an.

In diesem politischen Klima war es der kleinen Israelitischen Kultusgemeinde unmöglich, ihre Forderungen ohne ausländische Bündnispartner durchzusetzen. Diese fand sie wiederholt im World Jewish Congress aber auch im amerikanischen State Department und im Foreign Office in London. Nahum Goldman, der bereits die "Wiedergutmachungs-Verhandlungen" mit der BRD erfolgreich geführt hatte, wirkte auch während der Verhandlungen mit Österreich als Sprecher der jüdischen Organisationen. Die Israelitische Kultusgemeinde war sich durchaus darüber bewußt, daß die zwischen 1945 und 1955 in Österreich erlassenen Gesetze zur Entnazifizierung, Demokratisierung und Entschädigung vor allem auf den Druck der westlichen Alliierten zurückzuführen waren. Sobald österreichische Juden jedoch in ausländischen Organisationen Fürsprecher fanden, wurden sie mit den alten antisemitischen Vorurteilen von der "jüdischen Weltverschwörung" konfrontiert. Andererseits fühlte sich die Israelitische Kultusgemeinde während der "Wiedergutmachungs-Verhandlungen" vom World Jewish Congress nicht immer wirklich vertreten, was österreichische Politiker wiederum zugunsten Österreichs auszunutzen versucht hatten. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde allmählich verstummten. Dies lag zum Teil auch im Interesse ihrer Mitglieder. Viele überlebende Juden hatten einfach nicht mehr die Kraft, sich ständig gegen Antisemitismus zur Wehr zu setzen und waren eher bereit, Unrecht hinzunehmen, als aktiv Widerstand zu leisten. Vielen waren sogar die langwierigen und letztendlich nicht sehr ertragreichen Diskussionen um die österreichischen Entschädigungszahlungen peinlich, da dadurch in der Öffentlichkeit erneut das Klischee entstanden ist, "die Juden wollen schon wieder Geld". Darüber sollten sich verantwortliche Politiker auch während der gegenwärtigen Diskussionen bewußt sein, auch wenn ihnen von Juden vielleicht bescheinigt wurde, daß sie keine Antisemiten seien oder - wie FPÖ-Klubobmann Ewald Stadler - einen ganz ungezwungenen Umgang mit Juden pflegen.

Südtirols Freiheitliche glaubten mit einer breit angelegten Ausländerhetze und Angstmacherei bei den Landtagswahlen am 22. November Stimmen zu gewinnen. Und gingen baden.

Der Kernslogan für den Wahlkampf der Freiheitlichen Südtirols stammte aus Wien. "Uns reicht's! Stop mit der Einwanderung, mit den Privilegien und der Verschwendung von Steuergeldern in Südtirol." Das ganze Land ließ die Partei des ehemaligen Landeschützenkommandanten Pius Leitner mit Plakaten und dem Ausspruch tapezieren. In einer Broschüre mit demselben Leitspruch wurde dann nochmals eins draufgegeben: "Stop mit der unbegrenzten Einwanderung. Wer uns Freiheitliche wählt, unterstützt die Eindämmung der Ausländer."

Besonders aufs Korn wurden die in Südtirol ansässigen Roma genommen. Freiheitlicher O-Ton: "Es ist nicht nachvollziehbar, daß die Gemeinde Bozen für die Begrünung des Zigeunerlagers 38 Millionen (etwa 250.000 Schilling) ausgibt und auch noch für die Pflege aufkommen muß. Jeder Südtiroler pflegt seinen Garten auf eigene Kosten." Außerdem wurde beanstandet, daß eine andere Gemeinde die Müllentsorgung des Romalagers übernommen habe. Schließlich wurde mit der angeblich steigenden Kriminalität Angstmacherei betrieben, indem behauptet wurde, Ausländer seien daran "überdurchschnittlich interessiert".

Österreichs F-Chef Jörg Haider war persönlich nach Südtirol gekommen, um seinen Parteifreunden mit deftigen Sprüchen unter die Arme zu greifen. Doch die Politik der Ausländerhetze und Angstmacherei fiel in Südtirol auf keinen fruchtbaren Boden. Die Freiheitlichen, vor fünf Jahren noch mit zwei Abgeordneten im Landtag vertreten, halbierten ihren Stimmenanteil und schafften gerade noch ein Restmandat.

Daß die Behauptungen der Freiheitlichen jeglicher Grundlage entbehren, belegt eine Studie des Südtiroler Arbeitsförderungsinstituts, die nach den Wahlen veröffentlicht wurde. Danach weist Südtirol einen Ausländeranteil von 4,5 Prozent auf. Mehr als ein Drittel davon stammt aus europäischen Ländern, vor allem aus Österreich und der Bundesrepublik Deutschland. Außerdem hält sich der überwiegende Anteil der Ausländer nur befristet als ErntehelferIn und SaisonarbeiterIn im Lande auf. Zum Vergleich: In Nordtirol beträgt der Ausländeranteil 7,9 Prozent.

Der Anteil der ansässigen Nicht-EU-Bürger, auf die sich die Freiheitlichen eingeschossen hatten, liegt bei 1,2 Prozent. Die Hälfte der 6.250 Nicht-EU-BürgerInnen stammt aus Osteuropa, 21 Prozent kommen aus arabischen Ländern.

Die Studie räumt mit einem weiteren Vorurteil auf. Die ausländischen MitbürgerInnen zahlen in Südtirol mehr ein als sie an Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

Pius Leitner meinte nach der Wahl, die Niederlage gehe auf die Mordaffäre rund um den Gründer der Freiheitlichen Christian Waldner zurück. Der Freispruch für den Aktivisten der Freiheitlichen, Peter Paul Rainer, der in zweiter Instanz vom Mord an seinem Freund Waldner freigesprochen wurde, sei eine Woche zu spät gekommen. Nämlich nach den Wahlen.

Keinen Freispruch für den ehemaligen Kulturreferenten der Schützen, der am Parteisitz der Freiheitlichen mit einem Gewehr herumballerte, kann es allerdings für ein Liederbuch der Südtiroler Schützen geben, an dessen Zusammenstellung Rainer nach Auskunft seines Nachfolgers federführend beteiligt war.

So befindet sich im Liederbuch das Deutschlandlied mit den ersten beiden Strofen, die in der Bundesrepublik Deutschland unter das Verbotsgesetz fallen. Außerdem sind eine Reihe weiterer Lieder abgedruckt, die auf den "Völkischen Kampfring Südtirol", die illegale Nazi-Bewegung der 30er Jahre, zurückgehen. Mit entsprechendem Inhalt.

Den Schützen ist dabei kein ungewollter Schnitzer unterlaufen. Im Vorwort zur Sammlung "Lieder für Schützen" wird geschrieben, daß die Lieder aus der Faschistenzeit kaum noch gesungen werden und deshalb besonders gepflegt werden sollten. Auch darin zeigt sich die ideologische Einäugigkeit. Während auf die Unterdrückung durch den italienischen Faschismus hingewiesen wird, gibt es keine Distanzierung vom Nationalsozialismus. Und obgleich der Nachfolger von Peter Paul Rainer als Kulturreferent, Siegfried de Rachewiltz, den Landeskommandanten der Schützen auf die bedenklichen Texte aufmerksam gemacht hatte, wurden die Lieder nicht aus der Sammlung genommen.

Die Wahrnehmung der österreichischen West-Ost-Grenze: Grenze und Grenzöffnung im Spiegel regionaler Printmedien

Karin Liebhart

Vorbemerkungen zum Forschungsprojekt "Die österreichische West-Ost-Grenze"

Am Österreichischen Ost- und Südosteuropainstitut wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Geographie der Universität Wien und in Kooperation mit dem Regionalforschungszentrum Győr sowie dem Institut für Geographie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften ein zweijähriges Forschungsprojekt zum Thema "Die österreichische West-Ost-Grenze: Qualitative Rekonstruktion der 'mentalen' Grenzziehung seit 1989" durchgeführt. Das Projekt, das Ende 1997 begonnen wurde, ist Teil des Forschungsschwerpunkts "Fremdenfeindlichkeit" des bm: wv.

Das Forschungsprojekt beschäftigt sich vor allem mit der Alltagswahrnehmung der politischen Veränderungen seit 1989 in grenznahen Gebieten in der Dreiländerregion zwischen Österreich, Ungarn und der Slowakei. In einer regionalen Fallstudie wird die Redefinition der österreichischen "West-Ost-Grenze", ab 1989 bis zum EU-Beitritt Österreichs 1995 und dessen Folgen, am Beispiel der Grenzregion Wien/Burgenland/Bratislava/Győr-Moson-Sopron-Megye untersucht. Dieser Grenzraum, in dem über den ehemaligen "Eisernen Vorhang" hinweg drei Nachbarstaaten eine gemeinsame, regionale Entwicklungsperspektive suchen, wird ausgehend von einer Sekundärauswertung ausgewählter Daten mit einem interdisziplinären geographisch-politologischen Ansatz, der qualitative und quantitative Methoden verbindet, analysiert. Der interdisziplinäre methodische Ansatz ergibt sich aus dem räumlichen bzw. territorialen Fokus der Fragestellung und

verbindet sozialwissenschaftliche Fragestellungen mit einem perzeptionsgeographischen Ansatz. Mit der Erhebungsmethode halbstandardisierter Fragebögen wurden in ausgewählten Untersuchungsgemeinden Befragungen durchgeführt, deren Ergebnisse in einem weiteren Schritt in Form von Gruppendiskussionen in den Erhebungsgemeinden nochmals reflektiert werden. Im Anschluß daran werden um Schlüsselthemen zentrierte fokussierte Interviews mit ausgewählten ExpertInnen durchgeführt, um deren Interpretationen und Sinndeutungen zu erheben. Weiters wurde der öffentliche, mediale Diskurs in der Grenzregion quantitativ und qualitativ analysiert.

Der Schwerpunkt der Forschung liegt zwar auf der österreichischen Seite der Grenze, zur Entwicklung einer Vergleichs- sowie einer grenzüberschreitenden, regionalen Perspektive werden aber dieselben Erhebungsschritte auch an der anderen Seite der Grenze (in der Slowakei und in Ungarn) durchgeführt.

Das Projekt unternimmt - unter Einbeziehung methodischer Ansätze aus der Politischen Anthropologie, die eine Verbindung von diskursiven und räumlichen Kulturrepräsentationen bzw. -differenzen entwerfen, eine Rekonstruktion jener "sozialen Praktiken", die die Redefinition der Grenze zwischen Österreich, der Slowakei und Ungarn strukturieren. Dies erlaubt die Erhebung von Alltagserfahrungen und -problemen, die der Selbstwahrnehmung sowie der Wahrnehmung der jeweils "Anderen", der "Fremden" zugrunde liegen.

In einer konkreten Fallstudie werden exemplarisch Einstellungen gegenüber Ausländern bzw. "Fremden" in Österreich, die unmittelbar mit den politischen Veränderungen der Jahre 1989/90 in Österreichs (süd)östlichen Nachbarstaaten und mit deren Folgeerscheinungen (Fallen des "Eisernen Vorhangs", Migration, Flüchtlingsproblematik) in Zusammenhang stehen, analysiert. Die Verknüpfung von "Alltagsbildern" mit Einstellungen gegenüber "Fremden", die in bereits zahlreich vorliegenden quantitativen und diskurshistorischen Untersuchungen zum Ausdruck kommt, mit politischen Diskursen spiegelt sich etwa im FPÖ-Volksbegehren von 1993 wie auch in der aktuellen Migrations- und Asyldebatte oder in den Diskussionen über eine Erweiterung der Europäischen Union und die Aufnahme osteuropäischer Staaten in ein größeres "Europa".

Die Projektziele liegen in der Aufarbeitung und Erfassung der Bedeutung der österreichisch-ungarischen und österreichisch-slowakischen Grenze im Zeitraum von 1989 bis zum status quo. Diese Grundlage soll in den jeweiligen Untersuchungsregionen sowie in der Öffentlichkeit als Basis eines erweiterten Diskurses für die zukünftige Auseinandersetzung mit der Rolle der Grenze dienen, vor allem in Hinblick darauf, inwieweit sogenannte "Grenzkonflikte" minimiert bzw. Grenzdenken" abgebaut und "Grenzüberschreitung" gefördert werden kann. Es wird versucht, vor allem auch durch die in der Perzeptionsgeographie gegebenen Möglichkeiten einer graphischen Umsetzung der Ergebnisse, die regionale Bevölkerung in den Reflexionsprozeß einzubinden. Dies zielt auf eine aktive Auseinandersetzung mit einer neu gegebenen Situation der Grenze in Europa, in die die BewohnerInnen dieser Grenzregion durch Konfrontation mit ihrem mentalen Bild der Grenze einbezogen werden. Eine Annäherung von Selbst- und Fremdbildern gerade in kulturellen Belangen dient vielfach als Ansatzpunkt für die Entwicklung gemeinsamer Zielsetzungen und somit der Überwindung "mentaler Barrieren".

Aspekte des medialen Diskurses in der Grenzregion

Im Rahmen des Forschungsprojekts wird eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse des in ausgewählten Regionalmedien repräsentierten öffentlichen Diskurses der Grenzregion im

Hinblick auf typische Konflikt- und Vorurteilmuster, die über regionale Zeitungen medial vermittelt werden, durchgeführt. Anzumerken ist, daß die Analyse zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, die Ergebnisse daher noch einen vorläufigen Charakter haben. Einige Tendenzen lassen sich jedoch bereits ablesen.

Im Zuge der Analyse (einbezogen wurden sämtliche Textsorten, also Artikel, Kommentare, Kurzmeldungen und Fotos, die zu den Themen "Wahrnehmung der Grenze", "Folgen der Grenzöffnung" und Perzeption der jeweils anderen Seite erschienen sind) kristallisierten sich folgende Themenschwerpunkte bzw. Kategorien heraus, die den "Grenzdiskurs" spiegeln aber auch mitstrukturieren: Politische Beziehungen Österreichs mit den Nachbarstaaten, Historische Gemeinsamkeiten und Klischees, Grenzübergänge zur Slowakei, Tschechien und Ungarn, grenzüberschreitende Partnerschaften (Städte, Vereine, etc.), kulturelle Aktivitäten (Festivals, Konzerte, etc.), Wirtschaft (Kooperationen, Chancen, Gefahren, Verluste, etc.), Arbeitskräfte (Import, Export, Know-how, etc.), Handel, Einkaufsboom, Verkehr (Probleme, Ausbau, öffentlicher Verkehr, privater Verkehr), Atomkraftwerke (Gefahren, Hilfen, etc.), Bundesheereinsätze in Grenzgebieten, Kriminalität (Schlepperbanden, Kriminelle, etc.).

Das Themenfeld "Sicherheit" als Beispiel

Einige Aspekte der beiden letztgenannten Themenfelder, die in unterschiedlicher Weise mit dem politisch aktuellen und mehrfach instrumentalisierten Spannungsfeld "Sicherheitsgefühl/Gefühle der Unsicherheit" in der österreichischen Bevölkerung anspielen, sollen im folgenden kurz skizziert werden:

Auf österreichischer Seite wurden als Materialbasis für die Analyse die regionalen Medien "Neue Niederösterreichische Nachrichten NÖN/ Schwechater Grenzbote" (1.7.1989 bis 7. Sept. 1994) bzw. (umbenannt aber ident) "Neue Niederösterreichische Nachrichten NÖN/ Brucker Grenzbote" (14.9.1994 bis 31.12.1997) sowie die "Regionalausgabe Burgenland der Neuen Kronenzeitung" (1.7.1988 bis 31.10.1998) ausgewählt.

Die beiden Medien unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht: Sowohl nach der Häufigkeit ihres Erscheinens als auch danach, welche Themen den Diskurs hauptsächlich bestimmen sowie hinsichtlich der Quellen, auf die die Zeitungen zurückgreifen und sich berufen:

Die wöchentlich erscheinenden "Niederösterreichischen Nachrichten NÖN" sind eine "typische" Regionalzeitung mit langem Chronikteil. Als Belege für Behauptungen werden vor allem Statistiken, Polizeimeldungen, amtliche Schriftstücke oder Auskünfte von Behörden der kommunalen bzw. der Landesregierung herangezogen. Thematisch konzentriert sich die NÖN im Rahmen des hier ausgewählten Themenbereichs "Sicherheit" vor allem auf kriminelle Phänomene wie Diebstahl oder Schmuggel.

Die "Regionalausgabe Burgenland der Neuen Kronenzeitung", kurz auch "Burgenland-Krone" genannt, erscheint täglich und ist über weite Strecken jeder Ausgabe mit anderen regionalen Ausgaben der "Neuen Kronenzeitung" ident, ein überregionaler Teil findet sich in allen Varianten der "Krone". Dies bedingt auch in den regionalen Teilen eine enge Anbindung der Berichte und Kommentare an bundesweite, überregionale politische Themen. Gerade am Beispiel der Berichterstattung über "Sicherheit/Unsicherheit" in der Grenzregion zeigt sich das besonders deutlich: Zwar finden sich auch Meldungen über Kleinkriminalität, es überwiegen aber jene Themen, die sich mit der Flüchtlingsproblematik, mit illegalen GrenzgängerInnen, mit dem Schlepperwesen und mit dem Assistenzinsatz des österreichischen Bundesheeres an der Grenze auseinandersetzen. JournalistInnen der

"Kronenzeitung" berufen sich zwar ebenfalls auf Statistiken und amtliche Daten, legitimieren ihre Behauptungen aber häufig durch Zitate von Politikerstatements und Aussagen von "betroffenen BürgerInnen". Darüberhinaus werden zahlreiche Reportagen gebracht, die als Augenzeugenberichte der VerfasserInnen Authentizität suggerieren.

Die "Niederösterreichischen Nachrichten": Eigentumsdelikte, "Kriminalitätstourismus" und Schmuggel

Die "NÖN" bringt vor allem Meldungen und Berichte über Eigentumsdelikte: Ladendiebstähle, Fahrraddiebstähle, Motorradiebstähle, Autoeinbrüche und Autodiebstähle stehen eindeutig im Vordergrund, wenn von einer Bedrohung der Sicherheit der regionalen Bevölkerung durch Kriminalität die Rede ist. Bereits im April 1990 wird festgestellt, der "Einbruchstourismus" nehme immer mehr zu, die Kriminalitätsrate sei innerhalb eines Jahres aufgrund der Straftaten von AusländerInnen um 200 bis 300 Prozent gestiegen. Der Artikel resümiert dies wie folgt: "So bleibt also, wenn man auch weiterhin das Geld der ehrlichen Touristen einnehmen will, nur, sich mit den Diebstählen der Unehrllichen abzufinden, bis diese im eigenen Land genug zum Stehlen finden" (11.4.1990, 8). Zum Thema Autodiebstahl wird in der Ausgabe vom 23.9.1992 behauptet, es vergehe kaum ein Tag, an dem kein Auto geknackt wird: "In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Banden aus dem Osten, die sich vorwiegend auf deutsche Fabrikate spezialisiert haben". Am 20.1.1993 wird eine Statistik zitiert, die aussagt, daß die Zahl der Autoeinbrüche zwischen 1991 und 1992 um 92 Prozent zugenommen hätte (3). Ebenfalls in Zusammenhang mit der als alltäglich dargestellten Kleinkriminalität wird festgestellt: "In einem Punkt aber sind sich alle einig: Von der anfänglichen Euphorie über die offenen Grenzschraken ist in der Region Bruck/Hainburg heute nicht allzuviel geblieben" (14.9.1994, 3). Ende des Jahres 1994 berichtet die "NÖN": "Seit der Ostöffnung nehmen Einbrüche und Autodiebstähle dramatisch zu. Nun werden bereits jede Woche Bürger aus dem ehemaligen Ostblock am Grenzübergang Berg festgenommen, die versuchten, Autos oder Diebsgut aus Österreich in ihre Heimat zu schmuggeln" (30.11.1994, 3).

Meist erfährt man über die Eigentumsdelikte im Detail, wer wo was gestohlen hat, sowohl die TäterInnen als auch der Ort des Verbrechens (z.B. eine Filiale der Handelskette "Billa") und das gestohlene Objekt werden beschrieben, wie etwa aus nachfolgender Meldung exemplarisch ersichtlich ist.

Vereinzelt finden sich auch Artikel, die sich mit Zigarettenschmuggel und Rauschgifthandel sowie mit Prostitution und Schlepperwesen beschäftigen. Die Diskussion um eine Schließung von Gendarmerieposten in grenznahen Gebieten nimmt ebenfalls einen prominenten Raum ein.

Die Frage illegaler Grenzübertritte erscheint im Gegensatz zur "Kronenzeitung" weniger repräsentiert, der Assistenzeinsatz des Bundesheeres wird zwar als sinnvoll bezeichnet, aber ohne jede Euphorie beschrieben. Der Diskurs beginnt erst 1995/1996 zu kippen, als Schengen und damit auch die neuen Sicherheitsanforderungen an Österreich als Grenzland der Schengener Festung, zum Thema werden. In Zusammenhang damit wechselt auch die Perspektive von der Kleinkriminalität, die durch einzelne Personen oder kleine Personengruppen ausgeübt wird, stärker auf die Ebene des international organisierten Verbrechens: Es wird von "Profi-Diebsbanden", "Ostbanden" oder "Ungarnbanden" gesprochen. So liest man in einem Artikel vom 24.11.1995 (2) unter Berufung auf Politikeraussagen, die Kriminalität in Niederösterreich sei in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen: "West-Banden kooperieren bestens mit der Russen-Mafia".

Die "Burgenland-Krone": Illegale Einwanderer, Bedrohungsszenarien und Assistenzeinsatz des Bundesheeres

Die "Regionalausgabe Burgenland der Neuen Kronenzeitung" fällt vor allem durch ihre Betonung der Gefährdung österreichischer Sicherheit durch illegale Grenzübertritte von BürgerInnen aus Staaten des ehemaligen Ostblocks und durch die Heroisierung des Bundesheer-Assistenzeinsatzes zur Abwehr von Flüchtlingen und zur Bekämpfung von Schlepperbanden auf. Die Bandbreite reicht von Erfolgsmeldungen wie "10.000 Ausländer (!) an Grenze gefaßt" (eine Schlagzeile, die am 20.3.1997 sogar auf der Titelseite gebracht wurde) bis zu einer "Die Wacht an der Leitha" betitelten Reportage Michael Jeann,es, die bereits am 7.9.1990 erschien (10f.) und vom Autor als "pannonischer Lokalausweis" bezeichnet wurde. Ein Foto der Reportage zeigt Soldaten des österreichischen Bundesheeres im Grenzeinsatz, ein zweites einen Bundesheerhubschrauber. Beide sind mit der Bildunterschrift "Schwirrende Hubschrauber in der Luft und eingegrabene Panzergrenadiere am Boden sichern seit Mittwoch unsere Grenzen zu Ungarn und CSFR" kombiniert. Bereits zwei Monate zuvor war auf der Titelseite der "Burgenland-Krone" zu lesen: "Weil jetzt auch Millionen Russen in den Westen wollen: Bundesheer soll verstärkt unsere Grenzen schützen" (2.7.1990). Im Blattinneren wird dazu der damalige Innenminister Franz Löschnak mit der Aussage, Österreich könne nicht das "einzige Gästezimmer Europas" werden (2), zitiert.

La vita è bella - Das Leben ist schön.

Reinhold Gärtner

Giosuè fragt seinen Vater Guido, warum in einem Geschäftsfenster eine Tafel "Eintritt für Juden und Hunde verboten" signalisiert: "Die mögen eben keine Juden und keine Hunde" erwidert Guido. Nach kurzem Gespräch kommen Vater und Sohn überein, in ihrem eigenen Geschäft eine Tafel aufzustellen "Eintritt für Spinnen und Westgoten verboten". Es kommt aber nicht mehr dazu. Am nächsten Tag werden beide in ein KZ deportiert.

Der Film von Roberto Benigni ist kein Film über den Holocaust, es ist ein Film über das Leben, über die Liebe zum Leben in extremsten Situationen. Lange Zeit erzählt der Film die heitere, burleske Geschichte des Lebenskünstlers Guido - wiederholt wurde in Rezensionen betont, daß dieser erste Teil des Films eigentlich ein eigener, vom zweiten Teil getrennter Film sei. Doch später, im Lager, wird auf dramatische Weise bewußt, wie fest miteinander verknüpft beide Teile sind, wie notwendig der erste Teil für den zweiten ist, wie zusammenhängend dieses Gesamtkunstwerk von Benigni konstruiert wurde. In einer Szene meint der Onkel, daß manchmal Schweigen der lauteste Schrei sei, in einer anderen weigert sich der kleine Giosuè, sich zu duschen und versteckt sich in einem kleinen Schrank. Viel später kehren alle dieses Szenen wieder: Als Guido für den SS-Arzt - einen alten Bekannten aus der Zeit Guidos als Kellner - ein Rätsel lösen soll: Das größte Problems des Arztes inmitten der Brutalität und des Mordens. Früher haben sie gemeinsam Rätsel gelöst, nun geht Guido weg, ohne ein Wort zu sagen. In der Fabrik, in der die Häftlinge

arbeiten müssen, taucht plötzlich Giosuè auf und meint zu seinem Vater, daß alle zum Duschen geholt worden seien. Er gehe nicht duschen - auf keinen Fall. In einer der letzten Szenen wird Giosuè in einem Schrank versteckt und kann dort die wenigen Stunden bis zur Befreiung überleben.

"Ich kann nur sagen: Ich brauchte das Glück und die Harmonie, die die ersten Szenen ausstrahlen, um den zweiten überhaupt atmen zu lassen. Immer wenn ich mit Holocaust-Überlebenden sprach, haben sie auch von Träumen erzählt, von Erinnerungen an ein verflissenes Glück, vom Gefühl, alles verloren zu haben. ... Und ich erzähle eben von einem Mann, der nicht zulassen will, daß dieses Trauma auch seinen Sohn zerstört", so Benigni im Standard-Interview.

Benignis Film ist nicht komisch, sondern tragisch. Es ist nicht der lustige Vater Guido, der alle zum Narren hält, der mit Nicht-Ernstnehmen die Situationen zu überleben versucht. Es ist der verzweifelte Versuch, den Menschen, die er am meisten liebt - seiner Frau und seinem Sohn - mit seinen Mitteln zu helfen, die Grauen des Nationalsozialismus zu überleben. Guido spielt den kompromißlosen Optimisten bis zum (für ihn) bitteren Ende.

Benigni auf die Frage nach einem Happy End: "Natürlich hat der Film keines. Die Leute sind froh, wenn sie sehen, wie die Mutter ihren wiedergefundenen Sohn umarmt. Aber ihre nächste Frage wird lauten: 'Wo ist Papa?'. Papa ist ermordet worden."

Umberto Eco wurde zum Film gefragt: "Wenn Benigni mir gesagt hätte, daß er so einen Film plant, hätte ich ihm flehend davon abgeraten. Jetzt meine ich : Er soll das wieder versuchen".

"Das Leben ist schön" erhielt den Großen Preis der Jury von Cannes bekommen, eine Entscheidung, die in manchen Medien simpel als "falsch" bezeichnet wurde. Es sei Benigni - so z.B. Andreas Kilb in "Die Zeit" - nicht gelungen, "aus dem Konzentrationslager einen Witz zu machen": Als ob dies die Intention gewesen wäre. Anders hat Imre Kertesz (ebenso in "Die Zeit") - selbst Auschwitz-Überlebender - den Film gesehen: "So habe ich den Film mit, man kann sagen, unschuldigem Blick angesehen. ... Da ich die Vorwürfe nicht kenne und die kritischen Texte nicht gelesen habe, kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht gut vorstellen, was an diesem Film so umstritten sein soll. ... Benigni, der Schöpfer des Films, wurde - wie ich lese - 1952 geboren. Er ist Vertreter einer neuen Generation, die mit dem Gespenst von Auschwitz ringt und die den Mut und auch die Kraft hat, ihren Anspruch auf dieses traurige Erbe anzumelden."

"Das Leben ist schön" wurde im Dezember 1998 mit dem Preis "Bester europäischer Film 1998" ausgezeichnet, Roberto Benigni (er spielt Guido) als bester Schauspieler..

Beiträge von:

- Mag.Dr. Brigitte Bailer, Historikerin, Mitarbeiterin des DÖW, Mitglied der Historikerkommission zu Vermögensentzug und Entschädigungen, Wien
- Mag.Dr. Helga Embacher, Historikerin, Inst.f. Geschichte der Universität Salzburg
- Univ.Doiz.Mag.Dr. Reinhold Gärtner, Politologe, Sekretär der Gesellschaft für politische Aufklärung, Innsbruck
- Mag.Dr. Karin Liebhart, Politologin, Sekretärin der Gesellschaft für politische Aufklärung, Wien
- Univ.Ass.DDr. Günther Pallaver, Politologe und Journalist, Assistent am Inst.f.Politikwissenschaft der Universität Innsbruck

Gertraud Hödl/Petra Winter, Auf der Suche nach einem sicheren Hafen. Zur rechtlichen Stellung und Lebenssituation von Fremden in Österreich, Wien 1998.

Gerade rechtzeitig zum 50. Geburtstag der UN-Menschenrechtsdeklaration vom Jahr 1948 legten Gertraud Hödl und Petra Winter ihre Publikation "Auf der Suche nach einem sicheren Hafen" vor. Vor dem Hintergrund der internationalen Konventionen werden "die Rechtsgrundlagen, die Fremde in Österreich durch das Inkrafttreten des neuen Fremden- und Asylgesetzes am 1. Jänner 1998 vorfinden, dargestellt und kommentiert".

In Anbetracht der sich in den letzten Tagen und Wochen vollziehenden Verschärfungen zur österreichischen Asylrechtsregelung - durch die vom Innenminister per Verordnung festzustellende Drittland-Sicherheit (Koalitionsbeschluß im Nationalrat vom 27. November 1998, gegen "Grüne" und "Liberales Forum" sowie eine SPÖ-Abgeordnete wegen der Inhumanität der Asylregelung, gegen die Freiheitlichen wegen zu großer "Liberalität") -, bleiben die von den Autorinnen vorgelegten und thematisierten "Gegenvorschläge" zur Liberalisierung einmal mehr auf der Strecke.

Jene, denen es dennoch gelingt als Asylwerber anerkannt zu werden, kann die Frage nach der tatsächlichen "Sicherheit des Hafens Österreich" noch lange quälen. Der Lebensbedrohung im Herkunfts- und Fluchtland folgen physische und psychische Einengung im Zufluchtsland. Zahlreiche "Lebensgeschichten" (etwa ein Viertel des Buchumfanges) von MigrantInnen und AsylwerberInnen geben eindrucksvoll Zeugnis von dieser reduzierten Lebensmöglichkeit. Dieses "Am Leben sein ohne zu leben" wird aus dem "Schicksal" einer Kolumbianerin besonders deutlich:

Ich komme aus Kolumbien, aus einer Bauernfamilie. Meine Eltern, zwei Schwestern, zwei Neffen und meine zwei Kinder und ich haben zusammen in einem Haus gelebt. Meine Familie gehört nicht zu den ganz armen Familien; wir waren auch nicht reich. Wir hatten genug zu essen, wir konnten in die Schule gehen und uns - mit Schwierigkeiten, aber doch - einen Arzt leisten.

Anfang der 80er Jahre war die Situation im Land von Gewalt geprägt. Es ist immer wieder zu Landkonflikten zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern und -bäuerinnen gekommen, vor allem an der Atlantikküste. Ich war in Bauernorganisationen aktiv, da ich selber Bäuerin bin und mit meiner Familie im Konfliktgebiet lebte. Die Großgrundbesitzer organisierten paramilitärische Gruppen gegen die Bauern, die Land besetzten und um bessere Lebensbedingungen kämpften. Sie verübten Massaker, wie zum Beispiel in den Ortschaften Tres Esquinas, El Tomate und Loma Verde. Viele Bauern wurden entführt, verschwanden oder flüchteten in die Stadt. Auch Familienangehörige von mir sind bei diesen Massakern umgekommen.

1985 bin ich nach Sucre geflüchtete. Dort engagierte ich mich ebenfalls in der Bauernbewegung und fing an, vor allem mit Bäuerinnen zu arbeiten. Aber auch in Sucre verfolgten uns die Großgrundbesitzer und paramilitärischen Gruppen. Obwohl einige Führer und Führerinnen unserer Bewegung umgebracht wurden, arbeiteten wir weiter. Seit 1990 versuchten sich verschiedene Gruppen der Guerilla durch Friedensverhandlungen ins soziale Leben zu integrieren. Die Frauenorganisationen begrüßten diesen Friedensprozeß und versuchten, ein Bewußtsein für die Menschenrechtssituation im Land zu schaffen. Ich war damals als Menschenrechtsbeauftragte und im Bereich der Frauenrechte tätig. Die Frauen

sind am stärksten von der herrschenden Gewalt im Land betroffen, sowohl von der politischen und staatlichen Gewalt als auch von der Gewalt in der Familie, am Arbeitsplatz oder sonstiger alltäglicher Gewalt. 1996, als unsere Organisation sehr stark war und mit anderen Volksorganisationen zusammen am politischen Leben teilnahm, wurden mehrere unserer Leute umgebracht. Es kursierte eine schwarze Liste von Leuten, die der Reihe nach ermordet wurden. Auf dieser Liste stand auch ich. Ich bekam Drohanrufe, fand zu Hause Todesanzeigen vor und wurde verfolgt. Sie fanden mich zum Glück aber nie, weil ich immer gewarnt wurde. Als dann ein Kollege von mir umgebracht wurde, habe ich mich entschlossen, von Sucre wegzugehen. Zuerst ging ich nach Bogot. Ich merkte aber bald, daß ich dort auch nicht bleiben konnte; es war zu gefährlich. Also nahm ich Kontakt zu einer Menschenrechtsorganisation auf, die mir riet, das Land zu verlassen.

Ich bin nach Österreich gegangen, weil bekannt war, daß Österreich Solidaritätsarbeit in Kolumbine unterstützt hatte. Außerdem lebte damals bereits eine Verwandte von mir als politischer Flüchtling in Österreich. Schon daß ich aus Sucre flüchten hatte müssen, war ein Schock für mich gewesen; dieser Schock war bei der Ankunft in Österreich um so größer. Ich war nicht darauf vorbereitet, jemals von Kolumbien weggehen zu müssen. Meinen Sohn hatte ich mit auf die Flucht genommen und anfangs haben wir in der kleinen Wohnung meiner Verwandten gelebt, zusammen mit ihrer Familie. Das war schwierig, und ich war sehr deprimiert.

Bei der Ankunft in Österreich habe ich um Asyl angesucht. Ich wurde sechs Stunden lang interviewt, das war sehr ermüdend. Ich hatte Beweismaterial aus Kolumbien mitgebracht, zum Beispiel Zeitungsausschnitte mit Berichten wegen der bewaffneten Männer, die vor meinem Haus gestanden sind. Nach vielleicht zehn Tagen bekam ich einen positiven Bescheid. Ich und mein Sohn bekamen ein Zimmer in einem Flüchtlingsheim, und ich machte einen 6-monatigen Deutschkurs. Ich konnte aber nicht lernen, weil ich so viele Probleme hatte, sowohl in Österreich als auch in Kolumbien. Ich bekam Nachrichten, daß Kollegen und Kolleginnen umgebracht worden waren, und machte mir große Sorgen wegen meiner Tochter, die in Kolumbien zurückgeblieben war. Ich dachte daran, sie nach Österreich nachzuholen, und dank der Solidarität einiger österreichischer Freunde und Freundinnen, die ein Flugticket besorgten, konnte sie nach Österreich kommen und ebenfalls um Asyl ansuchen.

Psychologische Betreuung habe ich von offizieller Seite keine erhalten; aber eine NGO und österreichische Freundinnen aus der Solidaritätsbewegung haben mir geholfen. Ich habe immer noch Probleme mit der Sprache, und das bereitet mir jetzt Schwierigkeiten, zum Beispiel bei der Arbeitssuche. Das ist ein großes Problem, denn ich brauche eine Arbeit, um für eine Gemeindewohnung ansuchen zu können. Ich gehe monatlich zum Arbeitsamt, um die Liste der offenen Stellen durchzuschauen; es gibt auf dieser Liste aber keine passende Arbeit für mich, wegen der Sprache, aber auch wegen des Alters. Ich versuche also, selbst etwas zu finden.

Mit den Behörden hatte ich bis auf ein Mal keine Probleme. Das war zu einer Zeit, wo ich sehr krank war. Ich fühlte mich stark unter Druck, eine Arbeit annehmen zu müssen, obwohl ich starkes Fieber hatte. Es war bei einer Leihfirma, die Küchenhilfen vermittelte. Am dritten Tag ging ich nicht zur Arbeit, da ich zum Arzt mußte. Daraufhin wurde mir vorgeworfen, daß ich nicht arbeiten wolle. Durch diese Probleme bekam ich so starke Kopfschmerzen, daß ich schließlich ins Krankenhaus mußte.

Ich kann mich hier nicht entwickeln und etwas Sinnvolles für die Gesellschaft machen. Statt dessen gibt es immer Probleme und Konflikte. Ich habe zwar viel Solidarität erfahren, aber ich will auch arbeiten und einen nützlichen Beitrag leisten. Es ist sicher sehr wichtig, die Sprache zu lernen; auf der anderen Seite sollte es Arbeiten geben, die die speziellen Kenntnisse der Personen berücksichtigen. Man könnte zum Beispiel Projekte für Asylantinnen schaffen, wo wir arbeiten und etwas produzieren könnten, wo unsere Sprachen oder andere Kenntnisse genutzt werden könnten.

Ich habe das Gefühl, noch nicht wirklich in Österreich zu sein. Aber momentan kann ich nicht zurück. Ich würde gerne durch eine Arbeit lernen, das habe ich immer gemacht. Durch die Praxis wäre es wahrscheinlich auch leichter, Deutsch zu lernen. Meine Kinder studieren mittlerweile in Österreich, und das finde ich gut, aber für mich selber sehe ich keine Perspektiven. Ich habe hier die Möglichkeit, am Leben zu sein, aber manchmal fühle ich mich ohne Leben. Ich gehe herum, denke viel nach, träume jede Nacht und wenn ich dann morgens in meinem Zimmer aufwache, in diesen vier Wänden, fällt die Realität über mich herein. Ich bin lebendig, aber wirklich zu leben bedeutet etwas anderes.

Christian Flatz/Sylvia Riedmann/Michael Kröll (Hg): Rassismus im virtuellen Raum. Argument Sonderband 259, Hamburg 1998, 260 Seiten, öS 291,-.

Das Internet ist in wenigen Jahren zu einem alltäglichen "Gebrauchsgegenstand" geworden. Die Zahl der Benutzer steigt in exponentieller Weise an und verdoppelt sich dabei in immer kürzeren Zeitspannen. Bald werden wir die verschiedenen Angebote des "Cyberspace" so selbstverständlich nutzen, wie wir bisher Briefe mit der Post geschickt, Lebensmittel im Supermarkt gekauft oder Videos im Videoshop ausgeliehen haben. Die Diskussionen über "e-cash" (elektronisches Geld), "cyber democracy" oder "virtual reality" weisen den Weg in eine Richtung, in der der "Cyberspace" zur Alltagsrealität wird. "Die Funktion der Medien hat sich in den letzten Jahrzehnten von der Wirklichkeitsvermittlung zur Wirklichkeitsprägung gewandelt" (Vattimo/Welsch 1998, 7). Doch wird die Euphorie über die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien immer wieder von Schreckensmeldungen der traditionellen Medien durchbrochen. Der weitgehend unregelmäßige Raum des "Cyberspace" bietet viel Platz für extremistische und rassistische Propaganda, Kinderpornografie und organisierte Kriminalität. Die Identität der Benutzer bleibt fast immer verborgen und die grenzüberschreitende Vernetzung der Computer erschwert eine Verfolgung durch nationale Behörden beträchtlich. Eine Gesetzgebung, die an nationalstaatliche Grenzen gebunden ist, bleibt in einem derartigen Netzwerk zahnlos, weil jeder Nutzer ohne Probleme seine Inhalte in Staaten "einspeisen" kann, in denen die Gesetzgebung keine Strafverfolgung vorsieht. Die USA sind dafür ein klassisches Beispiel. Dort wird das Recht auf freie Meinungsäußerung besonders liberal gehandhabt. Dies führt dazu, daß heute eine Vielzahl von rassistischen oder extremistischen Inhalten über Computer in den USA in den "Cyberspace" gelangen. Bereits vor drei Jahren tauchten in der Presse die ersten Schlagzeilen über rechtsextreme Propaganda im Internet auf. Der Amerikaner Don Black erstellte als einer der Ersten einen nationalistischen "Web site" im World Wide Web. Seine Homepage "Stormfront" wurde zum Symbol für die Schattenseiten des Internet. Doch bereits lange vor ihm nutzten andere extremistische Organisationen den "Cyberspace" zur Kommunikation und

Verbreitung ihrer Propaganda. In Deutschland wurde schon 1993 das "Thule-Netz" gegründet. In diesem Mailbox-Netzwerk kann ohne öffentlichen Zugriff kommuniziert werden. "Thule" verfügt heute allerdings auch über eine eigene Homepage im World Wide Web, die als Werbeplattform für die Bewegung dient.

Wie gefährlich ist das Netz nun wirklich? Bietet es mehr Raum für extremistisches Denken, als ihm heute von unserer Gesellschaft ohnehin eingeräumt wird? Ist die virtuelle Realität nur Spiegelbild der gesellschaftlichen Realität oder wird bereits die Gesellschaftlichkeit von der Virtualität affiziert? Im Rahmen eines Projektes von StudentInnen des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck wurden diese Fragen evident. In aufwendiger Recherche erstellten die Projektmitarbeiter eine Datenbank über rassistische Inhalte im World Wide Webe. Auf der Grundlage dieser empirischen Daten und der Beobachtung der Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien wurde nach der gesellschaftlichen Relevanz solcher Aktivitäten im "Cyberspace" gefragt. Dabei war eine Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex "virtuelle Realität" unabdingbar. Worin unterscheidet sich das Virtuelle vom Realen? Welche Interferenzen bilden sich im Grenzbereich des Interface Mensch? Und welche Folgen hat dies für die gesellschaftliche Ordnung? Als zentrales Thema der Untersuchung standen rassistische Argumentationen im Vordergrund. Dazu war es notwendig einen geeigneten Rassismus-Begriff zu entwickeln.

Das Internet steht heute als Überbegriff für eine Summe von Computernetzwerken, die dem Anwender eine Vielzahl von Informations- und Kommunikationsdiensten anbieten. Seit seinen Anfängen in den späten 60er Jahren ist die Zahl der vernetzten Internet-Computer auf über 30 Millionen angewachsen. Einstmals als militärisches Pilotprojekt gegründet und dann jahrzehntelang als akademisches Kooperationsinstrument genutzt, hat sich das Internet seit Beginn der 90er Jahre zu einem Massenmedium entwickelt. Daraus ergeben sich eine Reihe von Problemen, die in den letzten Jahren zu heftigen Diskussionen geführt haben. Besonders die Frage der Regulierung des Internet steht dabei im Zentrum des Interesses.

Die große Vielfalt an Informationen, auf die im "Cyberspace" zugegriffen werden kann, wird oft als Überangebot wahrgenommen. Der "user" scheint in einer Flut von Nachrichten, Schlagzeilen, Bildern, Video- und Audiosequenzen unterzugehen. So mutiert die große Auswahl plötzlich zu einer radikalen Einschränkung der Wahlfreiheit. Welsch hält dem entgegen, daß ein "kompetenter Nutzer" die Möglichkeiten der Informationsauswahl durchaus zu gebrauchen versteht und daher die Informationsfreiheit nicht bedroht sei. Das viel zitierte Paradoxon der immer reduzierteren Kommunikationsfähigkeit ("soziale Kompetenz") bei ständig gesteigerter Kommuninkation wird von Welsch als Verlust des Gemeinschaftssinns beschrieben. Am Beispiel der virtuellen Gemeinschaften zeigt er aber, daß deren Gemeinschaftlichkeit nie auf den Raum der Virtualität beschränkt bleibt. Es kommt vielmehr zu einer Rückkoppelung der virtuellen Erfahrung ins reale Leben der "user". Welsch sieht Virtualität und Realität als Nebeneinander, das nicht getrennt werden kann. Es kommt zum ständigen Austausch zwischen den beiden Erfahrungsbereichen, und wenn man heute vom Verlust des Gemeinschaftssinns durch neue Technologien spricht, verwechselt man Ursache und Wirkung. Der gesellschaftliche Verlust an Gemeinsinn löst die Flucht in neue gemeinschaftsbildende Räume aus. Die Virtualität könnte so auch zur Revalidierung nichtdigitaler Erfahrungen führen.

Das Internet ist heute kein akademisch dominiertes Informations- und Kommunikationssystem mehr. Es entwickelt sich seit Mitte der neunziger Jahre zu einem Massenmedium, das breiten Schichten der Bevölkerung zugänglich ist. Die Berichterstattung über Rassismus, Rechtsextremismus und Pornografie ließen den Ruf nach einer neuen

Medienethik laut werden. Sensible medienpolitische Maßnahmen müssen parallel zu medienethnischen Einführungen in die Internetbenutzung gesetzt werden, um den eingespielten Umgang mit den traditionellen Medien zu problematisieren. Auf diesem Wege ließe sich eine transversale Medienkompetenz vermitteln. "Medienkompetenz unter den Bedingungen digitaler Netzwerke bedeutet aktive Konstruktion eines Sacherhalts aus einer Vielzahl einander womöglich widersprechender Perspektiven". Aus der Funktionsweise des interaktiven Netzes leitet sich auch dessen gemeinschaftsbildende und solidarische Dimension ab.

Rassismus muß auch als Problem einer dichotomen Entgegensetzung von Selbst und Anderem im Kontext moderner Ordnungsbestrebungen gesehen werden. Das in einem derartigen Antagonismus nicht enthaltene, ausgeschlossene Dritte oder Fremde bahnt sich immer wieder unerwartet eine Spur der Wiederkehr und droht das Ordnungsgebäude zum Einsturz zu bringen. Man vermeint, sich durch die beständige Erweiterung der ordnenden Strukturen vor der dem Fremden anhaftenden Ambivalenz retten zu können. Rassismus, der Eigene und Andere in voneinander abgegrenzten Gruppen verortet., ist, so Sylvia Riedmann und Christian Flatz, die Fortführung der ordnenden Praxis tief in den gesellschaftlichen Raum hinein.

Robert Miles untersucht das Verhältnis von Rassismus und Nationalismus am Beispiel Großbritanniens und expliziert sein Konzept der Rassismusanalyse. Die periphere Situation Nordirlands dient ihm dabei als Folie, auf der er den Prozeß der Rassisierung einer gesellschaftlichen Situation nachzeichnet. Auch wenn man heute in Nordirland weit davon entfernt ist, von Katholiken und Protestanten als "Rassen" zu sprechen, so stellt Miles gleichwohl fest, daß die religiösen Unterscheidungsmerkmale naturalisiert und hierarchisiert werden. Diese Naturalisierung des Anderen ist ein Moment innerhalb einer umfassenden Struktur der politischen Herrschaft und wirtschaftlichen Ausgrenzung.

Sylvia Riedmann und Christian Flatz versuchen die Erarbeitung einer gemeinsamen theoretischen Basis zum Sinngehalt der Termini "Rasse" und Rassismus. Dabei werden prozessuale von funktionalistischen Definitionen unterschieden und anhand der Erklärungsmuster von Robert Miles und Albert Memmi zur Veranschaulichung kontrastiert. Die offenere, prozessuale Definition Robert Miles' konstatiert bei der Bildung der Kategorie "Rasse" die Konstruktion von Bedeutungen als zentrales Moment. Das wertende Ich verleiht dabei einzelnen realen oder vorgestellten Merkmalen besondere Aussagekraft und ordnet die Anderen diesen Merkmalen zu. Derart hergestellte und menschliche Kollektive werden anschließend einer Hierarchie unterworfen, die die eigene Gruppe von der der Anderen unüberwindbar trennen soll. Diese Anschauungsweise von Rassismus ermöglicht die Berücksichtigung eines vom Ich verdrängten Fremden im Rahmen des eher problematischen Vorgangs einer definitorischen Eingrenzung des Phänomens Rassismus.

"Rasse" ist heute als biologische Kategorie weitgehend diskreditiert. Dennoch ist Rassismus heute präsenter denn je. Es kam im rassistischen Diskurs zu einer Änderung der Argumentationsstrategie. Die biologische Kategorie der "Rasse" wurde durch den Begriff "Kultur" ersetzt. Durch die Naturalisierung und Essenzialisierung kultureller Argumente gelingt die Regression auf rassistische Kategorien, ohne sie explizit aussprechen zu müssen. An Beispielen aus dem World Wide Web zeigen die Autoren diese Bedeutungsverschiebung auf. Das neue Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs dient als weiteres Beispiel. Auch hier wird die bewußte Ersetzung bestimmter Begriffe dazu verwendet, alte Inhalte in neuem Gewand zu verkaufen.

Der Zusammenhang zwischen Rassismus und dem neuen technologischen Raum, den wir heute nach William Gibson "Cyberspace" nennen, steht im Zentrum der abschließenden Überlegungen von Sylvia Riedmann und Christian Flatz. Können wir aus der begrifflichen Festlegung von Rassismus Erkenntnisse über rassistische Phänomene im virtuellen Raum ableiten? Wie ist die Unterscheidung zwischen Virtualität und Realität zu denken? Und welche Konsequenzen lassen sich daraus für das praktische Handeln gewinnen? Die Gesellschaft ruft nach strenger Regulierung dieser "neuen Welt", vor deren Eroberung wir gerade stehen. Kann dem Rassismus auf diesem Weg begegnet werden?

Ruth Wodak, Rudolf de Cillia, Martin Reisigl, Karin Liebhart, Klaus Hofstätter, Maria Kargl: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten, Suhrkamp - Frankfurt/Main 1998, 568 Seiten, "S 239,-

Das in jüngster Zeit wiederholt diskutierte Konzept der "Nation" steht am Anfang der Überlegungen "Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten". Anhand unterschiedlicher Diskurse zur österreichischen Nation bzw. Identität wird hier dieses "mentale Konstrukt" nachgezeichnet und analysiert. Das Team um Ruth Wodak hat bereits mehrere methodisch ähnliche Projekte durchgeführt (z.B. zum Nachkriegsantisemitismus [1990], zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit im Rahmen des Gedenkjahres 1988 [1994] oder zur diskursiven und politischen Ausgrenzung rumänischer Flüchtlinge nach der 'Wende' [1995]), in der neuen Publikation ging es vor allem darum, jene Diskursstrategien zu analysieren, "deren Funktion darin besteht, nationale Identität sprachlich zu verfertigen."

In einem ersten Kapitel beschreiben sich die Autor/innen mit Staats- und Kulturnation sowie nationaler Identität; Österreich gilt "als 'verspätete' Nation ... die sich im Laufe der Zweiten Republik erfolgreich entwickelt hat und an deren Existenz nunmehr kein Zweifel besteht." (40). Eine der Hypothesen der "diskursiven Konstruktion der nationalen Identität" (Kapitel 2) lautet: "Nationale Identifikationsprozesse lassen sich mit dem streng dichotomen Modell 'Staatsnation versus Kulturnation' nicht adäquat beschreiben, da sich in so gut wie allen Diskursen über Nationen und nationale Identitäten ein staatsnationales mit einem kulturnationalen Verständnis vermischt. Der jeweilige Anteil an staatsnationalen und kulturnationalen Elementen in den diskursiven Konstrukten nationaler Identitäten variiert unter anderem je nach der Gruppenzugehörigkeit der SprecherInnen und RezipientInnen, dem Grad der Öffentlichkeit und der Funktion des Diskurses." (102-3).

Ausführlich werden schließlich anhand ausgewählter Fallstudien die Hypothesen überprüft - einige der Beispiele sind Gedenkrede österreichischer Politiker/innen zu 50 Jahre Zweite Republik, Werbeplakate und Werbeaussendungen zum EU-Beitritt bzw. die Medienberichterstattung zur Neutralitäts- und Sicherheitspolitik (Kapitel 4-6). Schließlich werden der halböffentliche bzw. halbprivate Diskurs untersucht (Kapitel 7-8) und abschließend "Fiktive und reale Identitäten: Die vielen Gesichter des 'Homo austriacus'" vorgestellt.

Eine der Schlußfolgerungen der Autor/innen zur Neutralitätsdiskussion: "Im Vergleich der fünf für diese Studie ausgewählten Korpora läßt sich insgesamt nachweisen, daß es zwischen den sprachlich verfertigten nationalen Identitätskonstrukten der politischen und medialen Eliten und jenen Identitätswörtern, die in halböffentlichen und quasi-privaten Settings gezeichnet werden, einen Zusammenhang gibt, der sich folgendermaßen beschreiben läßt: Die nationalen Identifikationsangebote, die die politischen und medialen Eliten ihrem Kundenkreis antragen, richten sich einerseits zwar nach deren Nachfrage, das heißt nach deren Bedürfnissen der nationalen Selbstvergewisserung und Selbsterhöhung, sie versuchen andererseits aber in noch größerem Maße, die Nachfrage nach nationaler Identität beziehungsweise nach ganz bestimmten Ingredienzen zu schaffen, zu steigern oder - wie wir am Beispiel des Mythos der immerwährenden Neutralität feststellen konnten - zu senken. Ob der Versuch der PolitikerInnen glücken wird, in Zusammenhang mit den Medien die Nachfrage nach dem gegenwärtig noch identitätstiftenden Neutralitätsmythos so zu verringern, daß sich die 'immerwährende Neutralität' tatsächlich bald aus dem 'nationalen Habitus' der Mehrheit der ÖsterreicherInnen verflüchtigt und im Museum der historischen Denkwürdigkeiten landet, das wird sich in nächster Zukunft zeigen." (506-7).

Interessant und (nach wie vor) sehr aktuell ist das Resümee zu 50 Jahre Zweite Republik - und damit zur NS-Vergangenheit: Die Vergangenheit wird aufgearbeitet, nach 1988 wird auch die österreichische Täterschaft thematisiert, "allerdings zumeist auf verharmlosende und relativierende Weise." (494) - am stärksten relativiert und gerechtfertigt wird (wenig überraschend) von Jörg Haider. Die kritischen Reden Vranitzkys (1988 bzw. 1991) "haben keine neue Phase der Aufarbeitung der Vergangenheit eingeleitet" (494), viele der Interviewpartner/innen lehnen zwar die NS-Zeit ab, dies "geht (aber) nicht automatisch zusammen mit einer höheren Sensibilität gegenüber Alltagsrassismen oder einer größeren Toleranz gegenüber den 'anderen'" (495). Das Thema "Wiedergutmachung" wird "in positiver Selbstdarstellung beschönigt und die bisherige Politik gerechtfertigt" (495). Ältere Interviewpartner/innen erzählen häufig persönliche Erlebnisse aus der NS-Zeit, jüngere allerdings "vertreten häufig die Ansicht, man hätte heute nicht das Recht, über die Eltern- und Großelterngeneration zu urteilen." (496)

Hermann - Langbein - Symposium

Nationalsozialistische Ideologie, deren Folge: Auschwitz

Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus

19.4.1999 - 23.4.1999 in Steyr, AK-Steyr

Seminarleiter:

Johannes Schwantner, Berufsschule für Gastgewerbe Wien

ReferentInnen:

Univ.Prof.Dr. Anton Pelinka, Universität Innsbruck

Univ.Prof.Dr. Horst Seidler, Universität Wien

Univ.Prof.Dr. Wolfgang Konrad, Universität Graz

Dr. Willi Dresen, Staatsanwaltschaft Ludwigsburg

Yehuda Bacon, Überlebender von Auschwitz
Dr. Ute Hoffmann, Gedenkstätte Bernburg an der Sale
Mag. Petra Fosen-Schlichtinger, Verein "Euthanasieanstalt" Schloß Hartheim
HR Hans Mars lek, Überlebender des KZ-Mauthausen
Rudolf Sarközi, Kultuverein österreichischer Roma
Prof. Herbert Exenberger, Österreichisches Dokumentationsarchiv
Mag. Krystyne Oleksy - stellver. Direktorin, Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau
Mag. Roman Drynko - stellver. Direktor, Gedenkstätte KZ-Stutthof
Mag. Wieslaw Wysok, Gedenkstätte Majdanek

Informationen bei:

Johannes Schwantner, Berufsschule für Gastgewerbe Wien, Längenfeldgasse 13-15, A-1120
Wien, Tel.: 01/8131644

FAHRT ZUR GEDENKSTÄTTE AUSCHWITZ-BIRKENAU

27. März bis 2. April 1999

27. März Vorbereitungsseminar
28. März Vorbereitungsseminar
29. März Abreise nach Oswiecim/Auschwitz
30. März Besichtigung von Auschwitz I; Besichtigung von Birkenau (Auschwitz II)
31. März Besuch im Archiv der Gedenkstätte; Besuch der Kunstsammlungen bzw. nationalen
Ausstellungen
1. April Stadtbesichtigung Krakau (Besuch des jüdischen Viertels)
2. April Rückfahrt

Preis: öS 4.800,-

Weitere Informationen und Anmeldung bei:

Univ.Doz.Dr. Reinhold Gärtner
Gesellschaft für politische Aufklärung
Christoph Probst Platz
6020 Innsbruck
Tel.: 0512/507-7057
FAX: 0512/507-2849
e-mail: reinhold.gaertner@uibk.ac.at

Wie seit Mitte der 80er Jahre, wird auch 1999 von der Gesellschaft für politische Aufklärung wieder eine Studienfahrt zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau durchgeführt werden. Mit dieser Studienfahrt wird einer Gruppe von 45 Interessent/inn/en die Möglichkeit der intensiven Auseinandersetzung mit einem der einschneidendsten Kapiteln unserer jüngsten

Vergangenheit ermöglicht. Ziel dieser Studienfahrt ist einerseits die Auseinandersetzung mit Auschwitz - als Synonym der NS-Verbrechen -, andererseits die Diskussion von Bezügen zur Gegenwart. Gerade angesichts europaweit steigender Aggression und Gewalt gegen Minderheiten - Oberwarth und die Briefbomben liessen dies auch in Österreich verstärkt spüren - ist der Blick auf unsere unmittelbare Vergangenheit notwendig. Es wird damit versucht aufzuzeigen, wohin in letzter Konsequenz die Diskriminierung von Menschen, wohin Antisemitismus und Rassenhaß führen konnten.